

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

124 (1.6.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Nummer kostet 12 Pfennig, Belegblätter 6 Pfennig, 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatte nach Zahl, bei der Nichterhaltung der Zahlungen, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Erklärungen: nach Geschäftsbedingungen L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Öster. 2,20 Mark o. Dänk. 2,00 Mark o. Schweizerfr. 10 Pfennig o. Griechisch 1,50 Mark monatlich. Sonntagsausgabe 1 Pfennig. Bei Bestellung 2500 Markante o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 2020 und 2021 o. Postfach 11444. Druck: D. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 2020 und 2021 o. Postfach 11444. Druck: D. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 2020 und 2021 o. Postfach 11444. Druck: D. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 2020 und 2021 o. Postfach 11444.

Nummer 124

Karlsruhe, Montag, den 1. Juni 1931

51. Jahrgang

Hunderttausende marschieren

Gewaltige Massenkundgebung der Leipziger Arbeiterschaft zur Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitags Die Programmrede des Parteivorstehenden Otto Wels im Zeichen des Kampfes für Demokratie u. Sozialismus

Die Leipziger Innenstadt, insbesondere aber die Vororte, standen bereits am Sonntag seit den frühen Morgenstunden unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Parteitags.

Im Verlauf des Sonntag vormittag und in den ersten Nachmittagsstunden ging zugleich der Anmarsch der Tausenden und aber Tausenden vor sich, die aus Leipzig und aus der näheren und weiteren Umgebung dieser Stadt ebenfalls mit Sonderzügen, Lastautos und auch zu Fuß herbeigeleitet waren, um am Nachmittag an der großen Kundgebung auf dem Messeplatz teilzunehmen. Wer konnte alle die zählen, die dem Rufe zum Messeplatz gefolgt waren? Waren es 150000, waren es 200000 oder waren es noch mehr?

Wer vermochte dazu jene zu registrieren, die in den Straßen Spalier bildeten und den Demonstrationzug begrüßten? Wie viele es auch gewesen sein mögen, sie haben ihrer Treue zur Sozialdemokratie wieder einmal durch ein offenes Bekenntnis Ausdruck gegeben.

Was Leipzig am Sonntag dank seiner glänzenden Organisation wieder einmal geleistet hat, war mehr als Kiel und Magdeburg sich mit Mühsal auf die geringe Bevölkerungsziffer leisten konnten. Der An- und Abmarsch dauerte mehr als fünf Stunden.

Die gewaltige Kundgebung wurde durch eine Ansprache des sächsischen Reichstagsabgeordneten Gen. Lypinski eröffnet, welcher des historischen Bodens gedachte, auf dem der Parteitag stattfindet.

Der bekannte Vorkämpfer der französischen Sozialdemokratie, Longuet, der sich schon in der Vorkriegszeit große Verdienste um die Internationale erworben hatte, übermittelte der deutschen Sozialdemokratie herzliche Grüße und stellte Wünsche der sozialdemokratischen Partei Frankreichs. Unter lebhaftem Beifall wies Longuet auf die Bedeutung der kommenden Genfer Abrüstungskonferenz für die Befriedung der Welt hin. Die französische Sozialdemokratie will Frieden und Verständigung der Völker und arbeitet daran mit, daß eine bessere Atmosphäre zwischen den Völkern geschaffen werde. Sie wird daher alle Kraft daran setzen, daß bei den nächsten französischen Wahlen die französische Kammer ein Gesicht zeigt, welche in energischer Weise den Gedanken der Demokratie und der Völkerverständigung befördert.

Mit lebhaftem Beifall wurde der Präsident der sozialistischen Arbeiterinternationale Gen. Bielecki (Brüssel), empfangen, der in seiner Rede das lebhafteste Verständnis der Internationale und die gegenwärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie bezeugte, indem er darauf hinwies, daß es jetzt gelte, alle Kräfte darauf zu verwenden, um den Faschismus fernzuhalten. Die Maßnahmen, welche die deutsche Sozialdemokratie trifft, erfolgen im Interesse von Demokratie und Sozialismus. Sie bezwecken, den Faschismus zu verhindern, da der Faschismus darauf eingestellt ist, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die internationale Sozialdemokratie hat für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands volles Verständnis und tritt für eine gerechte Lösung der Reparationsfrage ein. Drei Forderungen sind es, welche die Internationale voranstellt: Abänderung der den Besiegten aufgezwungenen Friedensverträge im Geiste der Gerechtigkeit, Streichung sämtlicher Kriegsschulden und allseitige Entwaffnung.

Außerlich (Oesterreich) unterließ die innige Verbundenheit der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Die Riesenmassen nahmen die Reden der Vertreter der Internationale mit starkem Beifall entgegen.

Die gewaltige Kundgebung der Leipziger Arbeiterschaft war eine würdige Einleitung zum Parteitag, den der Parteivorstehende Gen. Otto Wels mit einer wichtigen programmatischen Rede (wir veröffentlichen sie ausführlich auf der zweiten Seite des heutigen Volksfreund) eröffnete.

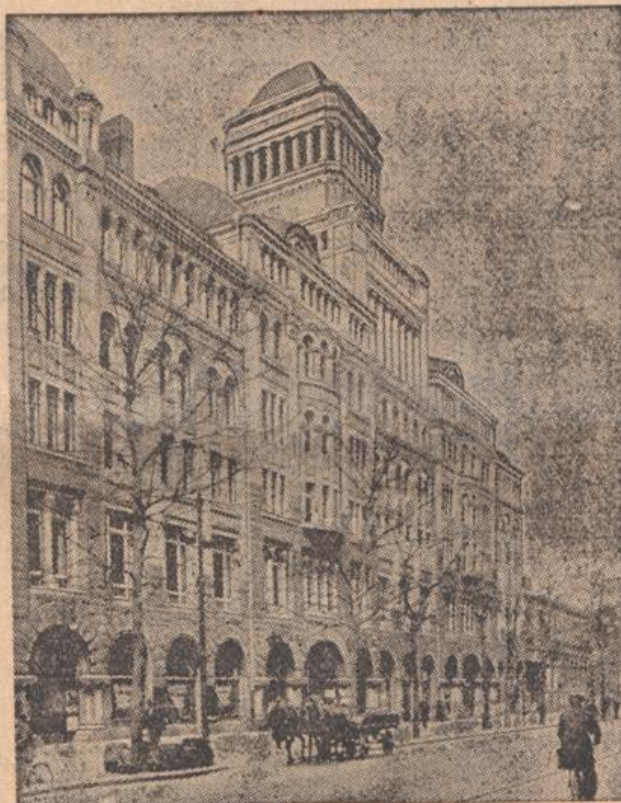
Die Tagung des Parteiaussschusses

Leipzig, 31. Mai. Am Sonntag vor- und nachmittags tagte in Leipzig der Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei zur Vorbereitung des Parteitages.

Der Ausschuß beschäftigte sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen und nahm Stellung zu den an den Parteitag gerichteten Anträgen. Es wurde u. a. beschlossen, alle Anträge gegen die neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die bei der Abstimmung über die Ablehnung dieser Räte gestimmt hatten, durch Annahme einer Weisung für erledigt zu erklären und dem Parteitag die Annahme einer entsprechenden

Entscheidung zu empfehlen, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zugleich ermächtigt wird, den Abstimmungszwang zu beschließen und strengstens durchzuführen. Der Parteiaussschuß setzte seine Beratungen am Sonntag vormittag mit der Frage fort, wie der Parteivorstand nach dem Tode Hermann Müllers ergänzt werden soll und welche Personen dem Parteitag für die Ergänzungswahl in Vorschlag gebracht werden sollen.

Außer dem Parteiaussschuß tagten am Samstag im Volkshaus noch zahlreiche Partei-Institutionen.



Die Tagungstätte des Sozialdemokratischen Parteitags

Dr. Kenner, österr. Präsidentschaftskandidat

Der sozialdemokratische Parteivorstand Oesterreichs hat beschlossen, für die am 18. Oktober stattfindende Wahl des Bundespräsidenten, die hier zum ersten Male durch das ganze Volk erfolgt, Dr. Karl Kenner als Kandidaten aufzustellen und sofort mit den Vorbereitungen für die Wahltagung zu beginnen.

Von großdeutscher Seite wird mitgeteilt, daß die Demission des Ministers Schürff unwiderrücklich ist, dagegen wird Dr. Schöber auf Wunsch der Großdeutschen Partei als ihr Vertreter in der Regierung bleiben.

Stahlhelmtag heßt zum Krieg

Aus Breslau meldet der SPD-Dienst: Der Stahlhelm veranstaltete in Breslau einen sogenannten Reichs-Frontsoldaten-Tag. An politischer Deutlichkeit steht diese Veranstaltung hinter der Stahlhelmdemonstration in Koblenz um nichts zurück. Es wurden bundesweit Reden gehalten, in denen unerbötlich zum Revanchekrieg gegen Polen aufgerufen wurde. Der Bundesführer Selbte benutzte die Erinnerung daran, daß von Breslau aus der Aufruf zum Befreiungskrieg von 1813 ergangen ist, um zu einem neuen Kriege aufzureizen. Er rief aus: mir will es wie ein Symbol erscheinen, daß der 12. Reichs-Frontsoldaten-Tag in Breslau, der Stadt der Befreiung stattfindet. Der 12. Reichs-Frontsoldaten-Tag! Das Dugend ist voll, das Maß ist voll! Der wahre Charakter dieser kriegsheterischen und staatsreaktionären Kundgebung wird dadurch beleuchtet, daß 10000 Stahlhelmlaute im Paradeschritt an dem Kronprinzen vorbeimarschierten und 6000 Stahlhelmlaute an dem Kronprinzen von Sachsen. Es ist eine Parade der Kriegshege und der monarchistischen Gegenrevolution.

Zusammenstöße

Breslau, 31. Mai. Anläßlich des Aufmarsches zum Stahlhelmtag kam es gestern in den späten Abendstunden und im Laufe der Nacht an mehreren Stellen der Stadt zu erneuten Zusammenstößen

und Schlägereien. Insgesamt wurden 33 Personen ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Berlin, 30. Mai. Der bei dem gestrigen Ueberfall auf eine Stahlhelmadteilung am Untergrundbahnhof Schönfelder Platz schwer verletzte Polizeihauptwachmeister Zunker ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Die Abteilung IA des Polizeivollzugsdienstes hat sämtliche verfügbaren Beamten in den Dienst einer beschleunigten Untersuchung der gestrigen Vorgänge gestellt.

Sagen, 31. Mai. Zwei weitere Verletzte von politischen Zusammenstößen sind gestorben.

Regierungsaktion zur Brotpreislenkung

Die vor Pfingsten eingeleitete Aktion, den Brotpreis in der Provinz zu senken, hat jetzt endlich zu einem Teilerfolg geführt. Für die Bestrebungen kommen drei Gebiete in Frage. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet und die großen Städte im Rheinlande, das mitteldeutsche Industriegebiet und das Gebiet an der Unterelbe (Samburg). In diesen Gebieten wird, wie in Berlin, verbilligter Roggen eingesetzt, den die Stütungsstellen im Laufe des Getreidejahres aufgekauft haben. Die Regierung kann die Aktion ohne Zweifel durchhalten, zumal sie in den letzten Tagen abermals ausländischen Roggen aufgekauft hat.

Die Verhandlungen haben fürs erste in Köln, wo die Wäderspanne stark überhöht war, zu einem Erfolge geführt. In Mitteldeutschland sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. In Magdeburg wird noch verhandelt. Die Aktion liegt in den Händen der preussischen Behörden, die sich mit aller Energie für die Senkung der Brotpreise einsetzen.

Ist das Preislenkung?

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Mai

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) hat nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Mai mit 137,3 gegenüber 137,2 im Vormonat leicht angesetzt.

Piccards Heimkehr

Professor Piccard teilte in einem Telefongespräch seiner im Brüssel wohnenden Familie mit, daß er am Dienstag nach Brüssel zurückkehren gedenke.

Einem Sonderberichterstatter der Neuen Wausburger Zeitung antwortete Piccard auf die Frage, ob er noch als einen Flug in die Stratosphäre unternehmen wolle, mit einem bestimmten Nein; er habe Frau und mehrere Kinder. Er habe festgestellt, daß der Flug weit gefährlicher gewesen sei, als er angenommen habe. Piccard äußerte die Absicht, daß der Luftverkehr in der Stratosphäre sehr vorteilhaft sein würde, daß er aber mit den heutigen Mitteln sich nicht über eine Höhe von 16000 Meter hinaus bewegen könne.

Kaubmord an dem Kaufmann Steiner aufgeklärt

Die inzwischen von der Kriminalpolizei aufgefundene Spur des Mörders an dem Kaufmann Steiner, Stuttgart, dessen Auto während der Pfingsttage im Schwarzwald ohne seinen Beifahrer und Spuren eines Raubmordes aufweisend aufgefunden wurde, hat nunmehr zur Ergreifung des Täters in der Person des ledigen Bauarbeiters Gotthelf Vahnenmaier von Doppelhöhm, D.M. Weislingen, geführt. Der Ermordete hatte den Bauarbeiter unterwegs mitgenommen. Während der Fahrt nach Vahnenmaier, der bereits schon mehrere Vorstrafen zu verzeichnen hat, plötzlich auf Steiner Schüsse ab, die diesen tödlich verletzten. Als er ihn dann um seine Wertsachen in Höhe von 300 M beraubt hatte, fuhr Vahnenmaier die Leiche nach Ehlingen, wo er sie im Walde verscharrte. Nach der Tat fuhr Vahnenmaier mit seiner Braut nach Feuerbach, wo er von einem Landwirt gesehen wurde, der ihn und seine Vorstrafen kannte, und sich darüber wunderte, daß Vahnenmaier plötzlich im Besitz eines Kraftwagens sein sollte. Da sich der Landwirt das polizeiliche Kennzeichen des Wagens gemerkt hatte, konnte er noch am gleichen Tag, an dem die Meldung von der Auffindung des beraubten Autos bekannt wurde, der Polizei einen Hinweis geben. Zunächst gelang es jedoch nur, die Braut des Vahnenmaier zu verhaften. Vahnenmaier selbst hatte sich mit dem Gedanken getragen, sich bei der Fremdenlegation anwerben zu lassen. Unterwegs ging ihm jedoch der Betriebsstoff aus, weshalb er den Wagen in der Nähe von Freudenstadt einfach stehen ließ. Bei Herrenberg konnte Vahnenmaier jetzt aufgegriffen und verhaftet werden. Im Laufe des Freitag nachmittags legte er vor der Mordkommission der Stuttgarter Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis ab, nachdem er sich anfänglich durch Leugnen vor seiner Ueberführung zu retten versucht hatte.

Das Parlament der Arbeiter tagt

Verhandlungsbericht des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig



Wichtige programmatische Eröffnungsrede von Wels / Scharfe Abrechnung mit den Nationalsozialisten und Kommunisten / Gleichberechtigung Deutschlands und Herabsetzung der Reparationslasten gefordert - Die Grenzlinie gegenüber Kabinett Brüning / Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten des Kapitalismus

Leipzig, 31. Mai. (Eig. Drahtb.) Um 6 Uhr wurde im Leipziger Volkshaus der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch den Parteivorstand Otto Wels eröffnet. Er gedachte zunächst der Toten der Partei und ehrte nochmals mit tief empfundenen Worten den Menschen, den Parteiführer und den Staatsmann Hermann Müller. Hierauf begrüßte er den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Banderwilde, und die als Gäste zum Parteitag erschienenen 16 Vertreter der Bruderparteien aus der Sozialdemokratischen Arbeiter-Internationale.

In großer programmatischer Rede erklärte alsdann

Otto Wels:

Wir danken den Vertretern der Leipziger Organisation für die großartige und würdige Vorbereitung des Parteitages.

Leipzig

nimmt in der Parteigeschichte eine besondere Stellung ein. Der Ort, an dem wir tagen, ist ein Symbol unserer Bewegung. In denselben Räumen fand der Parteitag 1909 statt. Aber es ist nicht mehr das gleiche Gebäude; es ist inzwischen verfallen und erneuert worden. Während des Rapp-Buffches ist das Haus der Leipziger Arbeiter durch Feuer vernichtet worden. Die hingebende Opferbereitschaft des Leipziger Proletariats hat es schöner und größer neu erstehen lassen. So verbinden sich in unserer Bewegung das Alte mit dem Jungen. Wir danken der Leipziger und der sächsischen Arbeiterklasse, die mit einer so gewaltigen Kundgebung den Parteitag begrüßt hat. Hunderttausende haben heute das Gedächtnis für die Partei erneuert.

Auch hier wieder ein Erinnerung an 1909. Auch damals wollte die Reaktion, die in dem roten Sachien besonders stark war, die Abhaltung des Parteitages verhindern. Die Leipziger Arbeiterklasse aber hat sich damals durchgesetzt. Unter der begeisterten Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung konnten die Vertreter des deutschen Proletariats im damals noch neuen Volkshaus ihre Beratungen abhalten (lebhafter Beifall). Auch diesmal haben wiederum einige Behörden geglaubt, durch eine Politik der Nadelstiche die Kundgebung der Arbeiterklasse zu ihrer Partei verhindern zu können. Die Leipziger Arbeiter haben ihnen heute die richtige Antwort gegeben.

Hunderttausende sind heute aufmarschiert, um für den unaufhaltbaren Sieg des Sozialismus zu zeugen.

Es marschieren die Alten, die seit Jahrzehnten der Bewegung die Treue halten. Es marschieren die Generation, die vier Jahre lang an der Front lag; die sozialistische Arbeiterjugend, halbe Kinder noch und trotzdem schon in den Erwerbskampf gestellt, die „Roten Falken“, die Organisation der Kinderfreunde! (Anhaltender Beifall.) Diese Kundgebung war eine Feierstunde. Sie wird uns unvergänglich bleiben. Sie wird als Bekenntnis der arbeitenden Massen für die Sozialdemokratische Partei über unleren Verhandlungen leuchten. Sie wird uns als aufwühlende Erinnerung bleiben, wenn wir in den Alltag unseres Kampfes zurückkehren sind (stürmischer Beifall).

Dieser Alltag läßt uns noch einmal zurückblicken auf den Leipziger Parteitag von 1909. Ich trage Ihnen vor aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag von 1909:

„Zwei Jahre dauert die Krise an. Sie wirkt hemmend auf den Ausbau unserer Organisation und die Vertreibung der Parteipresse. Die Gewerkschaften und die Partei in Groß-Berlin haben bei einer Arbeitslosenrechnung 101 300 Arbeitslose ermittelt. Seit längerer Zeit gibt es in Deutschland mehr als eine Million Arbeitslose. Auch für den vollbeschäftigten Arbeiter sinkt das Einkommen. Die Not wird verschärft dadurch, daß gleichzeitig eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintrat. Die Roggenpreise stiegen 1907 auf eine selten erreichte Höhe. Die Weizenpreise erreichten im Frühjahr 1909 den Gipfel. Der im März 1909 in Kraft getretene Wuchertarif trat in dem Augenblick in volle Wirkung, als infolge der Krise die Löhne zurückgingen. Die Genossen in fast allen Gegenden klagen, daß die Arbeitslosigkeit die Organisation und den Abonnementenstand der Parteipresse schwäche.“

Aber ein großer Unterschied ist zwischen der damaligen Zeit und dem Heute. Damals mußte der Parteivorstand berichten, daß die Arbeitslosigkeit Organisation und Presse schwächte. Heute aber können wir mit Genugtuung mitteilen, daß trotz der viel schwereren Wirtschaftskrise, trotz der grausamsten Arbeitslosigkeit, die je zu verzeichnen war, die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands innerhalb von zwei Jahren um mehr als 100 000 Mitglieder gewachsen und damit die Million überschritten worden ist. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Seit dem Abschluß unseres Berichts ist unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ die Mitgliederzahl weiter gewachsen.

Die immerwährende Mahnung dieser Parole hat da eingeleitet, wo wir einzeln begannen: In der Kleinarbeit. Wir lassen nicht nach, bis die Parole erfüllt ist! Der Parteivorstand macht sich nicht an diesen Erfolg verurteilt zu haben. Was wäre die Partei ohne die hingebende Arbeit ihrer Funktionäre? (Lebhafter Beifall.)

Wir marschieren gemeinsam, auch wenn zeitweise greifbare politische Erfolge ausbleiben. Wir kämpfen mit verdoppelter Einnahme weiter, auch wenn vorübergehend politische Misserfolge eintreten. Es geht für uns nicht allein um diese oder jene Tagesforderung. Es ist das sozialistische Ziel, dem wir unermüdet nachstreben. (Lebhafter Beifall.)

Wir stürzen den Gedanken des Sozialismus in den breiten Massen des Volkes Wurzel geschlagen hat, zeigt am besten die Tatsache, daß die reaktionärste Bewegung unserer Zeit, die nationalsozialistische Partei den Begriff Sozialismus und den Namen der Arbeiter schändet, indem sie sich ihrer bedient. Schwerindustrielle und Großbankiers, Hohensoffensprinzen und abgetaktete Generale — und das nennt sich eine sozialistische Arbeiterpartei!

Aber so lächerlich diese Profanierung der uns teuren Begriffe auch ist, so zeigt sie uns doch, wie allgemein die Erkenntnis davon ist, daß es aus dem Elend der kapitalistischen Wirtschaft nur einen Ausweg geben kann: den Sozialismus, und daß der Kampf um

den Sozialismus nur von einer Klasse geführt werden kann; von der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Sittler schießt jetzt vor Legalität über.

Im Zeichen dieser „Legalität“ soll der Monarchismus in Deutschland wieder hergestellt werden, im Zeichen dieser „Legalität“ sollen aber auch alle politischen Freiheiten, alle sozialen Rechte vernichtet werden, die die arbeitende Klasse in jahrzehntelangem opferreichem Kampf errungen hat. Wir aber haben heute den Nationalsozialisten und allen denen, die mit ihnen sympathisieren: Wir pfeifen auf eure „Legalität“. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß sich dahinter die nackte Reaktion nach dem Muster Italiens verbirgt.

Legal oder illegal! Wenn die Nationalsozialisten den Versuch machen sollten, die von ihnen verkündete reaktionäre Gewalttätigkeit über das deutsche Volk zu errichten, so wird die deutsche Arbeiterklasse den Kampf zu führen wissen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Wir wollen nicht mit den Waffen der Barbaren kämpfen, aber die Millionen des wertvollen Volkes stehen bereit, um bis zum letzten Blutstropfen die demokratische Freiheit, und die sozialen Rechte zu verteidigen. (Wiederholter stürmischer Beifall, große Bewegung.)

Das erklären wir in voller Würdigung der schweren wirtschaftlichen Lage, in der das deutsche Volk sich befindet. Wir wissen, daß jede gewaltsame Auseinandersetzung nicht nur den politischen Zusammenbruch herbeiführt, sondern auch die Krise bis zur wirtschaftlichen Katastrophe des deutschen Volkes treiben muß. (Stürmischer Beifall.)

Es war nicht Furcht vor den Prahlereien der deutschen Faschisten nach dem 14. September, der unsere taktische Haltung galt, sondern es entspricht durchaus unsere Grundgedanken, daß jeder Versuch unternommen werden muß, um die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf friedliche Weise zu lösen. Wir wissen, daß wir mit dieser Taktik des Ausweichens die härtesten Anforderungen an die Disziplin und Selbstbeherrschung unserer Anhänger gestellt haben. Wir sind stolz darauf, daß trotz der von uns ausgehenden nicht populären Taktik die Massen des arbeitenden Volkes zu uns stehen, daß unsere Organisation von Monat zu Monat stärker wird. (Stürmischer Beifall.) Die Aufgaben, die



Otto Wels, Parteivorstand

heute der Demokratie gestellt sind, kann sie nur erfüllen, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen durchflutet ist. Parteigenossen!

Wir stehen in einem Abwehrkampf von weltgeschichtlicher Bedeutung für die Demokratie und damit für den Sozialismus!

Demokratie oder Diktatur, das ist die Frage. Der Erfolg hängt von dem Vertrauen ab, der in den kämpfenden Vorkämpfern zwischen Führern und Massen besteht. Kommunisten und Faschisten suchen mehr und mehr dieses Vertrauen in der Arbeiterbewegung zu untergraben. „Misstrauen ist eine demokratische Tugend.“ Gut! Aber wer jetzt im Lager der Demokratie nichts anderes zu tun hat, als Misstrauen zu säen, befördert die Arbeit der Kapitalisten, der Diktatur! (Stürmischer Beifall.)

Alle Welt weiß es, daß die Politik der Regierung, die jetzt an der Spitze des Reiches steht, nicht unsere Politik ist.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir jede Verantwortung für die Handlungen der gegenwärtigen Reichsregierung ablehnen müssen. Das bezieht sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik. Wir müssen der Regierung zum Vorwurf machen, daß sie eine Wirtschaftspolitik befördert hat, die den kurzfristigen Standpunkt eines selbsttätigen Unternehmers mehr entspricht, als den Interessen der breiten Massen. Partei und Gewerkschaften haben seit längerer Zeit in programmatischen Kundgebungen und genaue Einzelplänen Wege zur Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft angedeutet.

Wir verlangen die Hebung der Massenkaufkraft durch Senkung der Warenpreise auf den Stand des Weltmarktes, Erhaltung der Kaufkraft durch Sicherung des Arbeitslohnes, energischen Ausbau des Handelsvertrags-Systems vor allem mit Ländern, in denen wir unsere Industrieerzeugnisse absetzen.

Wir meinen, wo die Ertragskraft der Landwirtschaft gesteigert und der Agrarkrise wirksam begegnet werden könne durch Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung und städtischem Verbrauch. Wir forderten allgemeine Erzeugung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, um für viele hunderttausend neue Arbeitsplätze zu sichern.

Nichts von all dem ist geschehen!

Die Folge ist die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die unangenehme Verschlechterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften. Wie oft haben wir in der letzten Zeit von Sanierungsprogrammen und Finanzprogrammen gehört. Es ist bisher stets

beim alten geblieben. Auch hier hat es die Sozialdemokratie an Weisheit der Kritik nicht fehlen lassen. Vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus gesehen ist es eine selbstverständliche Forderung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not die bestehenden Klassen in verstärktem Maße an den Lasten des Staates herangezogen werden. (Stürmischer Beifall.)

Bei der Aufbringung der Staatslasten aber versagen regelmäßig die vaterländischen Gefühle der bestehenden Klassen und ihrer Parteien.

Die Wirtschaft- und Finanzkrise konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf den Stand unserer Sozialpolitik bleiben. Wenn je das Wort von der gegenseitigen Hilfe, die das oberste Gebot des Volkstaates sein sollte, verwirklicht werden müßte, dann in diesen Zeiten. Was geschah jedoch? An den Ausgaben für die Reichswehr ist bisher nichts erspart worden, umfomehr jedoch an den Ausgaben für soziale Zwecke. (Stürmischer Beifall.)

Wir können es uns als Verdienst anrechnen, daß es uns gelungen ist, die Angriffe des Unternehmers auf die Sozialgesetzgebung im allgemeinen abzuwehren.

Wir dürfen weiter feststellen, daß die deutsche Republik, das deutsche Volk im Jahre 1920 12 Milliarden Mark für seine sozialen Einrichtungen ausgiebt und sich damit noch immer neben anderen Nationen sehen lassen kann. (Bravo!) Trotzdem sind die auf Drängen der Unternehmerverbände eingeführten sozialpolitischen Verschärfungen besonders in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung so erheblich, daß wir die größten Anstrengungen machen müssen, um sie wieder zu beseitigen. (Lebhaftes Beifall.)

Kann man aber die reaktionäre Gesinnung vom Standpunkt des Unternehmers aus verstehen, so muß man es

als eine Schande bezeichnen, wenn eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, in der gefährlichsten und niederträchtigsten Weise die deutsche Sozialgesetzgebung herabzusetzen sucht.

Vor wenigen Tagen erst hat der nationalsozialistische Minister Franz in Braunshweig, einer der prominentesten Führer der Vaterlandspartei, die Erwerbslosenunterstützungsmittel seiner Strafbefehle wegen des Schultreits als Armenheimdempänger bezeichnet. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

In der feierlichen Zeit, die die Nationalsozialisten wieder erneuern wollen, war es der größte Schimpf, Armenheimdempänger zu sein. Wer Armenunterstützung erhielt, ging aller seiner politischen Rechte verlustig. Er wurde zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt. Weiß der Herr Minister Franz nicht, daß die Arbeiter und Angehörigen ein gleiches Recht auf die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung haben? Ist es diesem Manne und seiner Partei noch nicht aufgegangen, daß es keine höhere Pflicht für den Staat gibt, als für die Opfer des Krieges, der Arbeit und des Alters zu sorgen?

Es ist mir Recht darauf hingewiesen worden, daß die hohen Reparationszahlungen zu einer Verschärfung unserer Not beigetragen haben. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals ein Hehl aus ihren Anschauungen gemacht, daß zuerst für Brot und dann erst für Reparationen gesorgt werden müsse. Wenn wir dem Dawes-Abkommen und dem Youngplan zugestimmt haben, so geschah das nicht, weil wir mit der hohen Belastung des deutschen Volkes ausankeln anderer Staaten einverstanden waren, sondern weil wir damit noch schlimmeres verhindern wollten. (Lebhaftes Beifall.) Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß das Dawes-Abkommen der Ruhrbesetzung ein Ende gemacht hat, daß der Youngplan nicht nur die Daweslasten nicht herabsetzte, sondern auch die Befreiung der Rheinlande vorbereitete.

Wir dürfen für uns das Recht in Anspruch nehmen, eine weitere Herabsetzung der Reparationszahlungen und der schließlichen Befreiung jeder Reparationslasten zu fordern, damit Deutschland tatsächlich die Gleichberechtigung unter den Völkern zurückgewinnt.

Wir können Verträge halten ohne die Bindung für uns sie zu erhalten. (Lebhafter Beifall.) Es ist aber vollendete Demagogie, wenn die, die den Zusammenbruch des deutschen Volkes verursacht haben, die mit Schuld an der Fortdauer des deutschen Volkes bis zum Reichskolon unter dem Sozialismus, den Marxismus beschuldigen, sie hätten die Reparationslasten erst verursacht. Dieses Geschwätz ist bereits mit der Feststellung abgetan, daß

Sittler,

der vor dem 14. September die Youngpläne zerrissen wollte, nach dem Wachttag England und Amerika versicherte, daß er, wenn er zur Herrschaft käme, nicht daran denke, die bestehenden Verträge zu verletzen.

Nun noch ein paar Worte über

die Kommunisten.

Parteigenossen! Für jene Partei arbeitet die Wirtschaftskrise. Siehe es nicht, die Frucht 70jähriger Arbeit daransehen, und mühten wir nicht in die Erde sinken vor Scham, das Erbe der von uns gegangenen Generationen verkleudert zu haben, wäre das Experiment nicht so teuer bezahlt und würde es nicht diejenige verfluchen, die heute so tun, als könne es nicht schlimmer werden, — der Ansehensunterricht — das Selbsterleben dessen, was der italienischen Bevölkerung und den russischen Arbeitern und Bauern zugemutet wird, würde die Unfähigkeit jener Partei so an den Tag bringen, daß sie um jeden Kredit käme. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

In Rußland hängt alles von dem Gelingen des Fünfjahresplanes ab. Es gibt niemanden in der Sozialdemokratie, der ein Interesse an dem Scheitern dieses Planes hat. (Mikinat der industrielle Fünfjahresplan, so ist auch die Kollektivierung des fachen Landes gescheitert und die Großbauern werden entscheidenden politischen Einfluß erlangen. Die russischen Bauern, die das in der Revolution erhaltene Land gegen die Konterrevolution der Wrangel und Denikin verteidigten, verteidigen es heute in Wahrheit gegen die Kommunisten. Die Sowjets waren im Jahre 1918 einmal das Organ

Freistaat Baden

Die Beschwerde über das Führerverbot verworfen

Das Reichsgericht gegen die maßlose Hege der badischen Nazi

Der nationalsozialistische Führer muß als Ergebnis seiner Beschwerde gegen das 14tägige Verbot folgende Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig melden:

Das Reichsgericht hat durch den Vizepräsidenten Dr. Bader erhobene Beschwerde gegen das vierzehntägige Verbot des Führers folgenden Beschlus erlassen: Die Beschwerde wird auf Kosten des Beschwerdeführers verworfen. In der Begründung heißt es nach dem genannten Beschlus, daß in den beanstandeten Artikeln des Führers der fittliche Wert der Karlsruhe Polizeiorgane angegriffen sei mit dem erkennbaren Ziel, die Polizei verächtlich zu machen. Die Kundgebung enthalte zugleich eine beleidigende Mißachtung in roher und besonnen verletzender Form.

Diese Entscheidung beweist, daß das Verbot des Führers nicht nur berechtigt war, sondern daß die Hege der Nationalsozialisten ein Ausmaß hat, das unerträglich ist und gegen die daher im Interesse der Staatsordnung von der Regierung vorgegangen werden muß.

„Reichsbannerheldentat“

Naziüberfall auf Kinder

Der Gauvorstand des Reichsbanners Baden schreibt uns: Unter obiger Überschrift bringt der nationalsozialistische Führer in Folge 114 vom 29. Mai 1931 einen Bericht aus Baden, der in seiner „objektiven Darstellung“ feststellen will, daß das Reichsbanner am letzten Sonntag in Badenburg die Nationalsozialisten überfallen habe. Tatsache ist aber, daß das Reichsbanner mit der Sache überhaupt nichts zu tun hat, da es sich um einen Überfall der Nationalsozialisten auf eine Kindergruppe der Freien Turnerschaft Badenburg handelte, die von auswärts kam. Es blieb den Nationalsozialisten vorbehalten, mehrere Kinder der Turnerschaft zu verprügeln, nachdem vorher die mitgeführten Fahnen bespuckt worden waren. Reichsbannerleute kamen erst an die Überfallstelle als die Fahnen des Reichsbanners bereits wieder ihre Autos besetzten hatten und davon fuhren. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Kommunistische Demagogie

Die Mannheimer Arbeiterzeitung veröffentlicht in ihrer Nummer 110 vom 27. Mai d. J. einen Artikel, bei dem Ueberstrich trägt: „Kleines SPD-Mebel, Kulturkampf, Klemme, Schuleraß, ein sozialistischer Hochhüter wird von Reichsboten niedergeschlagen und der Sozialdemokrat Klemme wird ihm aus der Schule.“

Der diesem demagogischen Artikel zugrunde liegende Sachverhalt ist, wie die Mannheimer Volksstimme mittelt, folgender: Die NSDAP von Bensheim machte am 4. Januar d. J. nach Reidenbach i. D. einen Propagandaanmarsch. Dieser Anmarsch wurde von der heftigen Polizei überwacht. Von Bensheim kamen 40 Kommunisten nachmarschiert und eriffen die Nationalsozialisten an. Die Polizei schlichtete den Streit. Der der kommunistischen Schülerorganisation Mannheim angehörende Oberprimar Karl Weber kam auf einem Ausflug zu diesem Treffen. Weil er mit einem Krügel nachmarschiert, verurteilte ihn das Gericht in Darmstadt wegen Landstreichens auf sechs Monaten Gefängnis.

Mit diesem Vorgang hatte die Schule nichts zu tun. Wohl aber machte sich Weber wegen seiner Zugehörigkeit zu einem staatsfeindlichen Schülerbund strafbar. Die Lehrerkonferenz der Tulla-Oberrealschule folgte diese Verbotsüberbreitung mit einer Konferenz von acht Stunden. Gleichzeitig rief sie die Entscheidung des Unterrichtsministeriums darüber an, ob Weber zur Reifeprüfung zugelassen werden könne. Die zuständigen Referenten des

Ministeriums haben angeordnet, es solle Weber zur schriftlichen Prüfung zugelassen werden, von der mündlichen Prüfung aber ausgeschlossen bleiben, bis die anhängige Strafsache zur Entscheidung kam. Nach Erledigung des Verfahrens, so war in dem von der Arbeiterzeitung beanstandeten Erlass des Ministeriums auszuführen, sollte Weber gegebenenfalls nachträglich zu einer außerordentlichen mündlichen Reifeprüfung zugelassen werden. Ueber diese letztere Frage ist bis jetzt noch nicht entschieden.

Die Arbeiterzeitung meint, der Kultusminister habe sich gefreut, daß er endlich einmal ein „Exempel“ statuieren konnte. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Im Gegenteil, er bedauert es sehr, daß durch die kommunistische Antitation manch ein tüchtiger Schüler in seinem Fortkommen außerordentlich gehindert wird. Mit der Sache selbst hat Minister Klemme mit keinem Federstrich etwas zu tun gehabt. Geheime Befehle zur Überwachung der Tätigkeit des kommunistischen Schülerbundes gibt es nicht. Die hierfür erforderlichen Anordnungen sind jedermann bekannt.

Mißlungene Attacke

Der nationalsozialistische Führer verucht, die Affäre der Bad. Landeszeitung in Baden-Baden mit den Hintermännern Schwegel und Levita zu einer Attacke gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Die Sozialdemokratie hat, wie jedermann weiß, mit dem einstigen Zentrumsblatt Badische Volkszeitung in Baden-Baden noch nie irgend etwas zu tun gehabt und was die beiden genannten Hintermänner dieses Blattes betrifft, so ist auch in dieser Hinsicht die Sozialdemokratie reinen Gewissens.

Was Schwegel betrifft, so gehörte er im Jahre 1929 in Dortmund ein paar Monate der Sozialdemokratie an. Womit die angeblichen „Beziehungen“ von Schwegel und Sozialdemokratie erledigt waren. Was Levita betrifft, so hat dieser sich ebenfalls in Dortmund zur Sozialdemokratie angemeldet und ist dann in Baden-Baden dem dortigen Ortsverein beigetreten. Seine geschäftliche Tätigkeit erstreckte sich bald beim Landesvorstand und dem kommunalpolitischen Ausschuss Mißtrauen und die Baden-Badener Genossen wurden deshalb ermahnt, Levita vorsichtig im Auge zu behalten. Da jedoch damals noch kein stichhaltiges Material gegen Levita beizubringen war, mußte man zunächst mit einem Vorstoß gegen ihn zuwarten. Das nun einmal erwachte Mißtrauen veranlaßte den Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie immer wieder Levita aufs Korn zu nehmen, ohne daß man jedoch positive Angaben in die Hand bekommen konnte, die ausreichten, gegen ihn vorzugehen. Als dann in Baden-Baden bekannt wurde, daß Levita in die Direktion des bisherigen Zentrumsblattes in Baden-Baden eingetreten war und man seine unklare Rolle besser durchschauen konnte, beschloß der Landesvorstand den Baden-Badener Genossen die Anweisung zu geben, Levita kurzerhand ohne Eröffnung eines Ausschlußverfahrens aus der Mitgliedsliste der Sozialdemokratischen Partei zu streichen. Levita wurde sonach, sobald in der Angelegenheit etwas klar gegeben wurde, sofort aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Die Sozialdemokratie war sonach immer bemüht, sich über Levita Klarheit zu verschaffen und sie hat, sobald sie Klarheit haben konnte, kurzen Prozeß mit ihm gemacht. Die Attacke des Führers ist daher mißlungen und die Sozialdemokratie kann es daher ruhigen Gewissens ablehnen, irgendwie mit den Herren Schwegel und Levita in Zusammenhang gebracht zu werden — möchte es auch den Hebern noch so sehr in den Kram passen, „Beziehungen“ festzustellen.

Zusammenkunft badischer

u. württembergischer Landtagsmitglieder

Am Mittwoch, den 10. Juni, wird der württembergische Landtag den Redaktionsarbeiten und dann von Eberbach mit dem Schiff nach Heidelberg fahren. Ein parlamentarischer Abend dort soll in Anbetracht der Zeitverhältnisse nicht stattfinden; doch soll in Heidelberg Gelegenheit geboten sein, zu einer swanglosen Zusammenkunft mit den Mitgliedern des Badischen Landtags, die dazu eingeladen werden.

Reinigungsarbeit in Thüringen

Vetterleswirtschaft des Hakenkreuzes wird beseitigt

Der thüringische Landtag lehnte den Vertrag, den der ehemalige Minister Fried mit seinem Parteifreund Schulze-Naumburg als Leiter der Kunsthochschule in Weimar im März 1930 abgeschlossen hatte, mit großer Mehrheit ab. Die Redner aller Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, erklärten übereinstimmend, daß der Vertrag rechtsunwürdig sei, weil Fried ihn dem Landtag zur Genehmigung nicht vorgelegt habe, obwohl auf das Verlangen des Finanzministers Baum und mit Zustimmung des Kabinetts die Worte „vorbehalten“ der Zustimmung des Landtags in den Vertrag aufgenommen worden waren. Der Landtag nahm zugleich einen Antrag an, nachdem der ehemalige Volksbildungsminister Fried für alle sich aus der Unzulässigkeitserklärung des Vertrags ergebenden finanziellen Schwierigkeiten ersatzpflichtig gemacht werden soll.

Der Landtag nahm ferner eine sozialdemokratische Entscheidung an, die besagt, daß der Landtag die Berufung des nationalsozialistischen Professors Günther an die Universität Jena mißbilligt, da ein solches wissenschaftliches Bedürfnis für diese Berufung nicht vorlag und die Neuerrichtung überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann. Für diese Entscheidung stimmte auch die Deutsche Volkspartei.

Im Verlauf der zweiten Lesung des Polizeietats stellte ein Regierungsvertreter fest, daß die Note Hilfe in Jena den Attentäter, der kürzlich auf Professor Günther mehrere Schüsse abgegeben habe, der Polizei zuführte. Die Note Hilfe habe infolgedessen Anspruch auf die Erteilung des Täters ausgeübt, was eine Belohnung von 500 M. Sie habe allerdings auf diese Belohnung verzichtet.

Die Nationalsozialisten stimmten im weiteren Verlauf der Sitzung unter anderem dem Etat für die Kirche zu, in dem auch die Ausgaben für Rabbiner enthalten sind. Diese Feststellungen rief lebhafteste Heiterkeit hervor.

Industriegelder für Hakenkreuz

Die Frankfurter Zeitung gibt die auch von uns bekanntgegebene Mitteilung der Rheinischen Zeitung über neue gewaltige

Summen (eine halbe Million) des Bergbauindustriellen Vereins für die Nationalsozialisten wieder und stellt dabei, gegenüber dem sofort erfolgten Desmenti eines der Industrie naheliegenden Blattes fest, daß nach ihrer Kenntnis der Dinge die Mitteilung der Rheinischen Zeitung richtig ist. Denn, so erklärt das Frankfurter Blatt, so viel es weiß, hat „nämlich auch die Reichsregierung eine Mitteilung über die Subventionierung der Hitlerbewegung durch den Bergbauindustriellen Verein erhalten. Sie wird von ihr als zutreffend erachtet“.

Bechergeld für Hitler



„Weiß' Brot ich eh, deß' Lied ich sing.“

des Massenwillens, aber heute ist der Einfluß der Sowjets bedeutend geschwächt. Es herrscht allein die Diktatur der Bürokratie über das Proletariat und über die Bauern. Der Staat ist nur noch ein Märchen für die aufgäugigen Kinder (Stürmische sehr richtig!) Die Erscheinungen in Rußland zeigen die Wahrheit der großen Lehren von Karl Marx. Die Befreiung des Proletariats kann nur sein eigenes Werk sein. Der Kriegskommunismus, der höchstens bis zum Frühjahr 1921 währte, ist zusammengebrochen und wir leben jetzt in Rußland einen neuen Versuch der produktiven Kräfte des Landes, im Staat kapitalistische Formen zu entwickeln. Die roten Lehren des Kommunismus dienen nur dazu, das innere Wesen der kapitalistischen Wirtschaft zu verhüllen. In Rußland wird jetzt das geschaffen, was in anderen Ländern der Kapitalismus geschaffen hat: Aufbau einer großen Industrie auf Kosten der wertvollen Massen. An den Fabriken sind die russischen Arbeiter ebensowenig beteiligt, wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Kommunismus ist Kapitalismus, nicht Sozialismus! Dieses Schicksal zeigt, wie man in der kapitalistischen Welt die wirtschaftliche Situation in Sowjetrußland aufsoht. Die politische Kirchenskrise in Rußland erinnert an die folgenden Worte Nola Luxemburgs:

„Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Land muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erliegen. Ohne allgemeine Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungsstaus, erstickt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, indem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Im Grunde also eine Fiktion, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.“ (Stürmische hört, hört!)

Das schrieb Nola Luxemburg im Sommer 1918 und die Gegenwart gibt ihr Recht.

Der aufgefällte Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bildenden sozialistischen Gesellschaft.

Zur Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel braucht es die Freiheit, die Demokratie, und die tiefste aller Lehren, die wir aus Rußland, aus jener Entwicklung kennen können ist, daß ohne Demokratie der Sozialismus nicht möglich ist. (Stürmische Zustimmung.)

Deshalb war unsere Gesamtpolitik nur stets darauf gerichtet, den Interessen des arbeitenden Volkes zu dienen. Der Sturz des Kabinetts Müller im vorigen Jahre ist nicht erfolgt, weil wir zu wenig für das deutsche Proletariat getan haben, sondern weil die bestehenden Klassen fürchten, daß eine Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung in der Krise zwei für das arbeitende Volk tun könne.

Wir brauchen nur die Zeit zu verstreichen, in der das Kabinett Hermann Müller regierte mit der heutigen Zeit, in der kein Sozialdemokrat der Regierung angehört, um den Zweck des Sturzes des Kabinetts Müller zu erkennen.

Die Reichstagswahl vom 14. September hat die Situation für das arbeitende Volk noch wesentlich verschlechtert, und nunmehr mußte unsere politische Taktik darauf eingestellt sein, das größte Unrecht zu verhüten, das über das deutsche Volk kommen konnte: Die Erziehung einer offenen oder verdeckten faschistischen Gewaltherrschaft.

Dem enkesselten gewalttätigen Nationalismus leisten wir einen wahren Radikalismus unserer Gedankenwelt entgegen.

Der Weg, den wir zu gehen haben, liegt klar vor unseren Augen. Daß er ein frieblicher sei, ist unser Wille — aber unsere Gegner werden uns gerüstet finden, wenn Völligkeit und Macht über uns von diesem Weg abzubringen versuchen.

Nicht zähnen wir den Feind, Nicht die Gefahren all!

(Begeisterter, langanhaltender Beifallssturm.) Mit der republikanischen Staatsform und den demokratischen Rechten verteidigen wir

die Grundlagen für den Kampf des arbeitenden Volkes um höhere Lebensgiltung.

Die Diktatur bringt die völlige Verelendung der breiten Massen unseres Volkes. Das ist in Rußland heute ebenso wie in Italien, und wenn das spanische Volk zugleich mit der Diktatur die Monarchie beseitigt, so schuf es damit die Voraussetzungen, um durch den sozialen Kampf eine Verbesserung seiner Lebenslage zu erzielen.

Unser Parteitag wird nunmehr zu prüfen haben, ob unsere Taktik richtig war, oder ob sie in wesentlichen Punkten geändert werden muß.

In voller Offenheit werden wir, wie immer, über unsere Tätigkeit sprechen. In voller Offenheit werden wir aber neue Waffen zu schmieden haben, die dem Befreiungskampf des arbeitenden Volkes dienen können.

Und so wollen wir an die Arbeit unseres Parteitages gehen mit dem festen Willen ihn zu einem leuchtenden Punkt in der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Unsere Beschlüsse werden getragen sein von dem hohen Gedanken, daß sie die bindenden Ziele für unsere Kampfgemeinschaft sein müssen. Wägen wir in einzelnen Fragen verschiedene Meinungen sein, so gilt auch für unsere Genossenschaft, und so gilt für diesen Parteitag nur die eine Lösung:

Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten des kapitalistischen Wirtschaftssystems!

Kampf für die Errichtung einer Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage!

Nieder mit der Reaktion!

Es lebe der Sozialismus!

Stürmischer, immer wiederholter, begeistertster Beifall folgte der beauftragten Rede.

Damit erkläre ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet.

Der Parteitag wählte dann zum Vorsitzenden des Parteitages den Parteivorstand Otto Weis und den Abg. D. P. in L. S. S. S.

Denk' daran:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

Genosse, einmal Werber sein!
Einmal etwas vortragen,
um einen Menschen ringen!
Mit der ganzen Kraft deiner innersten Ueberzeugung
ihn entziehen der Raubeit und Müdigkeit!
Einmal zur rechten Zeit
das rechte Wort sagen!
Einmal die Idee
von Mensch zu Mensch tragen!
Einmal heraus aus den Reihen der Masse treten,
einen Einzelgänger zu betonen
und freudig daraus hervorgehen!
Wein, Mut, Wille und Weg finden, allein!
Genosse, einmal Werber sein!

Lutt, ein Wirtler.

Aus aller Welt

Brand im Straßburger Rheinhafen

31. Mai. In den Räumen einer Schiffahrtsgesellschaft im Straßburger Rheinhafen brach eine Feuersbrunst aus, die durch Kurzschluss entstand. Der Schaden ist bedeutend.

Schweres Unwetter

Ein schweres Unwetter, das über Berlin und seiner Umgebung katastrophale Verheerungen angerichtet hat, hat die Schweiz in gleicher Weise mit Hagel, Regen und Schauern anerkannt.

Der nasse Tod

Im Baden im Städtchen Weiler in Mariastadt bei Traillheim starben zwei Mädchen.

Der Goethepreis

Der Goethepreis wurde zu Ehren des Gedächtnisses der Mutter Goethes Frau Riccarda zu Ehren verliehen.

Stahlhelmauto von Kleinbahn erfährt

31. Mai. Ein Lastauto mit 25 Stahlhelmläufen aus der Gegend, die zur Teilnahme am Stahlhelmtag nach Straßburg fuhr, wurde in der Nähe von Obliat von einem Kleinbahnzug erfasst, umgeworfen und geriet in Brand. Zwei Personen getötet, drei schwer und neun leichter verletzt.

Rechter Defekt des Reichspräsidenten-Autos

30. Mai. Auf der Fahrt von Groß-Urseln nach Weiler erlitt der Kraftwagen des Reichspräsidenten einen Defekt an der Kupplung.

Tragisches Ende eines Ausflugs

31. Mai. Ein Lastkraftwagen mit Mitgliefern des Mitternachtsclubs Albersberg bei Nürnberg überfiel sich auf dem Wallfahrtsausflug nach Göttingen und begrub sämtliche Passagiere unter sich. Hierbei wurde eine 46jährige Frau aus Dinslaken getötet, elf Frauen wurden zum größten Teil schwer verletzt.

Carol zwischen Jüdin und Antisemitismus

Londoner Berichterstatter des Echo de Paris verzeichnet die Meldung, daß Prinzessin Helene Anweisung erhalten hat, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen, und daß die Spannerin der königlichen Familie einen unerträglich ungeschickten Zuzug habe.

Die gleiche Berichterstatter verzeichnet das Gerücht, daß Frau Helene in Rumänien weile, offensichtlich den König beinhalten man behauptet sogar, daß ein Dokument bestrebe, aus dem hervorgehe, daß König Carol und Frau Popescu bereits während des Königs Carols die Ehe miteinander eingegangen sei, sich fühlbar mache.

Geldstrafen

Die gelandeten französischen Flieger

Trier, 30. Mai. Die beiden in Trier gelandeten französischen Militärflieger wurden heute vom Amtsgericht zu 150 bzw. 100 Mark Geldstrafe oder 15 bzw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt, wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der allgemeinen Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes.

Piccard

Während noch die kleinen Hirne sturer Vögel verflucht, hat den Vorhof der Gestirne schon der erste Mensch gemeistert.

Unten lagert dunkler Schimmel, Patrioten stehen verbissen, droben ist der Weg zum Himmel schon ein Stückchen aufgerissen.

Nationale Adenhüter werden sauer aufgeschrien, und schon brechen Grenzen nieder in dem Reich des Grenzenlosen.

Ja, der Mensch braucht Abenteuer, doch nicht die der Landsoberwachungsbeamten, sondern die am Weltschiff-Sieger: Wagnis auf der Sternenstraße!

Sich hinauf zum Raum der Räume hat das Gas Piccard gezogen und die alten Menschenräume waren ihm vorangeflogen.

Hans Bauer.



Der Ballon des Prof. Piccards auf dem Eis des Großen Gurgler Gerners

strafe belegt worden. Während Sp. sich der Strafe unterwarf, legte B. Einspruch ein, so daß der Fall vor dem Einzelrichter verhandelt wurde. Die beiden hatten in der Nacht vom 22. auf 23. Juni 1929 die schwarz-rot-goldene Fahne des Arbeiterturnvereins in Ruppure heruntergerissen und mitgenommen. Der Angeklagte erklärte, sie seien damals noch Mitglied des Jungstahlbundes gewesen. Von der Hütte des Stahlhelms bei Gasbachwalden sei eine schwarz-weiß-rote Fahne gehoben worden. Um sich dafür zu rächen, hätten sie die schwarz-rot-goldene Fahne des Arbeiterturnvereins heruntergerissen. Es bestand die Absicht, den schwarzen Streifen der gehobenen Fahne wegzutrennen und durch einen gelben Streifen zu ersetzen, um sie als habsbische Fahne auf der Stahlhelmhütte aufzuspflanzen. Der Schaden in Höhe von 15 Mark wurde durch den Angeklagten dem Turnverein ersetzt. Das Gericht erachtete Sachbeschädigung als vorliegend und sprach gegen B. eine Geldstrafe von fünfzehn Mark aus.

Gewerkschaftliches

Gegen den Abbau der Beamtengehälter

Die Beamteninternationale hat auf einer dieser Tage beim Internationalen Arbeitsamt in Genf stattgefundenen Zusammenkunft gegen die Stimme des habsbischen Vertreters Italiens eine Entschließung angenommen, in der gegen den Abbau der Beamtengehälter protestiert wird. In der Entschließung heißt es u. a.: Die Vertreter der unterzeichneten Verbände behaupten, daß verschiedene Staaten es für notwendig hielten, die Gehälter und den Lebensstandard der Beamten herabzusetzen, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Sie sind überzeugt, daß dieses Mittel vollständig ungeeignet ist, die Krise einzudämmen. Sie machen die Regierung und das Internationale Arbeitsamt auf die Gefahr aufmerksam, die in einer Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeitnehmer liegt. Als Vertreter der deutschen Beamten nahm an der Konferenz teil Falkenberg für den ADG, Hügel für den DGB, und Wolenske für die Internationale Föderation des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben.

Tarifkündigungen im Ruhrbergbau

ESD. Essen. Der Bergverband hat wegen der schlechten Wirtschaftslage den erst am 1. Januar abgeschlossenen Tarif für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaus zum 30. Juni gekündigt. Zum gleichen Termin wurde bereits das Lohnabkommen für die Bergarbeiter gekündigt.

Freie Vereinigung badischer Krankenkassen e. V.

Der Landesverband Baden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen e. V., die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen, gibt den Geschäfts- und Kassenbericht für die ordentliche 35. Landesversammlung am 6. und 7. Juni d. J. in Singen bekannt. Es wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember n. J. an den Grundlagen der Krankenversicherungen gerüttelt und eine ungeheure Umstellung des Apparates in kürzester Frist gefordert haben. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Forderungen habe die allgemeine Wirtschaftskrise die Lage der Krankenkassen noch erschwert. Wenn auch eine Beitragsenkung zu bewirken sei, so habe sie doch da und dort durch ihren zwangsmäßigen und schematischen Charakter sehr erschwert und zum Teil katastrophal gewirkt. Immerhin könne geltend gemacht werden, daß in Baden die Verhältnisse noch einigermaßen erträglich sind. Das liegt an der seitherigen allgemeinen guten Finanzpolitik der habsbischen reichsgeleiteten Krankenkassen. Den Krankenkassen müsse jetzt gesetzgeberisch eine Atempause gelassen werden, es sei denn, es handle sich nur um Erleichterungen und organisatorische Verbesserungen. Gerade in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise, so heißt es in dem Bericht, bedürfte es einer gut fundierten Krankenversicherung. Man dürfe nicht vergessen, was die deutsche Krankenversicherung geleistet und wie sie in den schlechten Zeiten für das Volksganze lebensreich gewirkt habe. — Im einzelnen wird mitgeteilt, daß es zu abschließenden Verhandlungen in der Artfrage noch nicht gekommen sei. Inzwischen hat die Notverordnung vom 26. Juli 1930 neue gesetzliche Bestimmungen in das Verhältnis zu den Ärzten gebracht. Neu ist die Schadenersatzpflicht des Arztes. Die Einrichtung des Vertrauensarztsystems ist gesetzlich zu einem Zwang geworden. Die erweiterten verschärften Bestimmungen werden von der ärztlichen Organisation heftig angegriffen. Kassenfonds steht man ihnen insofern kritisch gegenüber, als sie durch den formalen bürokratischen Wesen praktisch schwer in die Tat umzusetzen sind. Durch die Lage im Reich konnten auch für Baden bezüglich Wenderungen des Kassenärztlichen Landesvertrages keine abschließenden Verhandlungen erzielt werden. Die Bestimmungen geben im Artabbau darauf hinaus, eine stärkere Zulassungssperre einzuführen. In Baden bestehen als vereinbarte Gebührenordnung die Mindestsätze der preussischen Gebührenordnung. Die Ärzte haben für Baden seinerzeit einen Zuschlag zu den Gebührenhöhen wegen Einführung der Gewerbesteuer verlangt. Dieser Antrag ruht noch beim Vertragsausschuß. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird, wie der Bericht sagt, keine Instanz die Verantwortung übernehmen wollen, die ärztlichen Gebührensätze zu erhöhen. Im Jahre 1929 betrug das Durchschnittseinkommen pro Kassenarzt 11 026 RM. In den vertraglichen Beziehungen zu den Zahnärzten und Dentisten sind keine Wenderungen eingetreten. Der Bericht äußert sich dann über die Abgabe der Arzenei und Heilmittel, über die Krankenhauspflege, Anstaltskronen usw., ferner über die anderen Zweige der Sozialversicherung. Was die finanziellen Auswirkungen der Notverordnungen anlangt, ist die Zeit noch zu kurz, um feststellen zu können, ob auf die Dauer eine Senkung der Lasten eintritt. Nebenfalls geht nach dem Bericht die Lastenentlastung in der Hauptfrage auf Kosten der Versicherten. Die Zahl der Krankheitsfälle ist wohl im Durchschnitt zurückgegangen, aber der Betrag pro Fall hat sich dafür erhöht.

Am 1. Januar 1931 waren dem Landesverband angeschlossene: 39 Ortskrankenkassen mit 411 850 Versicherten, 6 Betriebskrankenkassen mit 8930 Versicherten, 3 Innungskrankenkassen mit 3566 Versicherten, 1 Knappschafts-Krankenkasse mit 633 Versicherten, zusammen 49 Krankenkassen mit 425 379 Versicherten. Aus einer vergleichenden Uebersicht ist zu ersehen, daß die Verwaltungskosten gegenüber 1914 nicht die Steigerung erfahren haben, wie die anderen Leistungen. Dabei sind den Kassenverwaltungen in der Nachkriegszeit weitere Aufgaben überwiesen worden, die dem eigentlichen Zweck der Krankenversicherung nicht dienen.

Aus dem Gerichtssaal

Unterschlagung

Karlsruhe, 29. Mai. Unter der Anklage wegen Unterschlagung wurde der geschiedene Kaufmann Karl J. von hier und der hiesige Kaufmann J. B. von hier vor der Strafbefehlinstanz des Amtsgerichts. J. wird zur Last gelegt, als Vertreter einer Firma in den Jahren 1928 und 1929 und nach der am 1. März 1929 erfolgten Konkursöffnung als Beauftragter des Konkursverwalters Beträge von rund 3000 Mark eingezogen, zu behalten und so die Konkursmasse um diesen Betrag gekürzt zu haben. Der Mitangeklagte B. soll als Beauftragter des Konkursverwalters Beträge von 580 Mark bei Kunden eingezogen und unterschlagen zu haben. Das Gericht erkannte gegen J. 10 Wochen Gefängnis und gegen B. auf 150 Mark Geldstrafe.

Die Verurteilung der Karlsruher Zigarettenhändler

Karlsruhe, 29. Mai. Wie uns ein Beamter des Hauptzollamts mitteilt, wurde in dem Schwaigerprozess vor dem Landauer Amtsgericht der Angeklagte Otto Gertner außer zu sieben Wochen Gefängnis nicht zu 1400 Mark, sondern zu 24 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vom Gerichtssaal in die Freiheit

Karlsruhe, 29. Mai. Besondere Heiterkeit erweckte die Verurteilung gegen den gerichtsbekanntem 49jährigen ledigen Leinwandhändler Ludwig Stoll aus Neureut vor dem Einzelrichter. Der Angeklagte hatte wegen Betrugs durch Strafbefehl vier Wochen Gefängnis erhalten. Das war ihm — bei dem schönen Frühling — zu viel. Deshalb er Einspruch einlegte. Er hatte 12. Mai abends einen Bekannten getroffen, der zwei Jahre Gefängnis hinter sich hatte und sich dort 82 Mark verdient hatte. Stoll wurde in Alkohol umgeseigt und in angetrunkenem Zustand ging der Angeklagte in Lokalen in der Debelstraße Gäfte zu trinken an.

Der Angeklagte verfügt über einen sich überfüllenden Redefluß. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht er selbst: Bei dem Verurteilungsurteil haben sie feinerzellt das Mannheimer Gefängnis

geführt, wo er fünf Jahre wegen Diebstahls zu verbüßen hatte. Weil er helle war, ging er nicht heraus. Hinterher sind die Gefängnisse alle wieder eingeleert worden. Ich habe 65 oder 66 Strafen. Da ist nichts dabei. Es kann einer 100 Strafen und doch ein gutes Herz haben. Das finde ich ziemlich ab. Die Mühsaligen kommen alle wieder. Der Richter erwidert ihm, daß das nicht stimmt. Aber dreißig Prozent stellt der Angeklagte unter Hinweis darauf, daß er die Statistik genau kenne, fest, kommen wieder. Er sei ein Beobachter und Denker. Ich war unzufrieden — so unzufrieden, wie Sie da sind. Zuerst habe ich ein Buch geschrieben: „Der gute Erdolm“ und „Der böse Dietrich“. Der, welcher der Bibel nicht folgt, der bekommt mit der weltlichen Bibel, dem Strafgesetzbuch zu tun. Einem Richter hat er einmal eine Scheibe eingeschoren, weil er die erwarteten zwei Wochen nicht erhielt.

Vorsitzender: Eine Strafe von vier Wochen ist Ihnen zu hoch? Angeklagter: Ein Bettler bekommt einen Tag und ich soll gleich vier Wochen kriegen? Das ist zu hoch!

Vorsitzender: Wenn man betrunken herumbettelt, macht das einen schlechten Eindruck. Im Gefängnis haben Sie ihre Kleider und Schuhe zertrennt.

Angeklagter: Da schaffe ich auch schon dafür. Das Fürsorgeamt sorgt schon dafür, daß ich die Kleider aberdeine.

Vorsitzender: Ich schließe die Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt: Ich beantrage, die Strafe von vier Wochen Haft aufrecht zu erhalten und den Haftbefehl nicht aufzuheben.

Vorsitzender: Was meinen Sie dazu? Angeklagter: 14 Tage würden auch genügen. Aber es sind schon 15 Tage herum!

Der Richter verkündet folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Betrugs zu 14 Tagen Haft, verübt durch die Unterschlagung, verurteilt. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Sie haben die Möglichkeit, gegen das Urteil Berufung —

Angeklagter: Nein, das mache ich nicht. Strafland verläßt er den Gerichtssaal. Wann wird man ihn wiedersehen?

Die gestohlene Fahne

Im Karlsruhe, 29. Mai. Der 22 Jahre alte Elektromonteur Walter Bauburger von hier und der Dienster Sobann Sped hat hier waren durch Strafbefehl wegen Diebstahls mit 25 Mark Geld-

MAGGI'S billigert!

SUPPEN

1 Würfel nur noch 10 Pfg.

Rasier-Klingen

10 Stück 50 Pfennig, Höchstleistung an Preiswürdigkeit!

Das Beste, das in dieser Preislage geboten werden kann, da vom Fachmann. Erprobte Klingen aller Preislagen stets frisch einliefernd.

Kratz

Seitinger Spezialist
Waldstraße 41
überüber d. Hofapotheke

Die Polizei berichtet:

Tödlicher Verkehrsunfall

Am Samstagabend etwa um 9 Uhr ereignete sich etwa 800 Meter südlich des Ortsausgangs Grünwinkel ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein junges Mädchenleben zum Opfer fiel. Ein in voller Fahrt aus Richtung Dornheim kommender Motorradfahrer, der, wie Zeugenaussagen ergeben haben, sein Fahrzeug nicht beleuchtet hatte, prallte in dem Augenblick mit einem Personenkraftwagen zusammen, als dieser im Begriff war, einen an der rechten Straßenseite haltenden Kraftwagen zu überholen. Der Motorradfahrer stieß mit voller Wucht auf den linken Kotflügel des ihm entgegenkommenden Personenkraftwagens auf und erlitt dabei erhebliche Verletzungen an Brust und Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Zur völligen Klärung der Schuldfrage sind noch Erhebungen im Gange. Der Verunglückte ist der 21 Jahre alte Alfred Mohr von hier.

Verkehrsunfälle

Eda Schwarzwald- und Maria-Alexandra-Strasse stieß am Samstagabend ein aus Richtung Rippurt kommender Kraftwagen mit einer 14 Jahre alten Radfahrerin, die in westlichlicher Richtung durch die Maria-Alexandra-Strasse fuhr und anscheinend kurz vor dem Kraftwagen die Schwarzwaldstraße überqueren wollte, zusammen. In dem Bestreben, der Radfahrerin noch auszuweichen, fuhr der Kraftwagen auf einen Hochspannungsmast auf, dessen Seil er dabei berührte. Die Radfahrerin wurde mit einer erheblichen Kopfverletzung und starken Hautabwürfen ins Krankenhaus verbracht. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Am Samstagabend ereigneten sich noch einige weitere leichte Verkehrsunfälle, bei denen nur leichter Sachschaden entstand. In einer Gießerei in Durlach kam ein Arbeiter mit dem Kopf einer elektrischen Stahlfabrikation zu nahe. Er wurde von einer Leiter und so sich am rechten Arm eine stark blühende Wunde, sowie eine Verletzung des Hüftgürtels am linken Fuß zu.

Diebstähle

Am Samstagabend erkrankte eine Sekretärin aus Malsch die Anzeige, daß ihr in einem kleinen Kaufhaus ihre Handtasche mit Inhalt im Gesamtwert von etwa 98 Mark abhanden gekommen sei. Eine Stenotypistin von hier teilt ebenfalls auf einer Polizeiwache den Verlust ihrer Handtasche im Werte von 23 Mark nebst 65 M Inhalt in barem Geld, welche Gegenstände ihr in einem kleinen Kaufhaus gestohlen worden seien, an.

Selbsttötung

Am Sonntag mittag hat sich auf dem hiesigen Friedhof ein 71 Jahre alter Kaufmann von hier mit einem Revolver einen Schuß ins Herz beigebracht, der den sofortigen Tod herbeiführte. Wie aus einem hinterlassenen Schreiben hervorgeht, hat der Lebensmüde die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen.

Kaufsektion, großer Anflug

Wie am Samstag, so mußte auch die Polizei gestern in einer Anzahl von Fällen wegen Trunkenheit, Kaufsektion und großen Unflats einschreiten.

27. Haupt- und Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins

Am Freitag, 22. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, fand im Anschluß an die Sitzung des Hauptauschusses die 27. ordentliche Mitglieder- und Jahreshauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe e. V. im oberen Gartenlokal des Biergarten-Restaurants statt. Der 1. Vorsitzende, Verbanddirektor Seetzel, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erkrankte Verbanddirektor Seetzel den Jahresbericht des Verkehrsvereins für das Rechnungsjahr 1930/31. Aus seinen interessanten Ausführungen machten wir folgendes hervorzuheben: Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch den Verkehrsverein in mangelhafter Hinsicht betroffen. So ist z. B. ein Abbau innerhalb des Verkehrsvereins notwendig gewesen. Abgesehen von zwei Hauptversammlungen und zwei Hauptausstellungen fanden während des vergangenen Rechnungsjahres etwa 14 Tage Vorstandssitzungen statt mit insgesamt rund 1000 Besessenen.

Die literarische Betätigung war im vergangenen Jahre ebenfalls eine. Alle legenden zu erlassenden Mitteilungen sind demnach worden, um für die Fremdenstadt Karlsruhe im In- und Ausland Propaganda zu machen. Die Propaganda im Reich und Ausland ist gleichfalls in erheblichem Umfange betrieben worden. Ergänzt wird die literarische Propaganda durch die amtliche Vereinszeitung „Karlsruher Wochenblatt“, die neben den regelmäßig erscheinenden Heften mit einzelnen Sondernummern zum „Wahner Heimattag“, zum „Karlsruher Jubiläum“ herauskam. Zeitgenössische Ereignisse der Fremdenstadt werden ebenfalls in den Heften in bester Weise von der Redaktionsgasse gebracht. Auch die Druckschriften-Propaganda im letzten Rechnungsjahr war im wesentlichen auf den „Wahner Heimattag“ abgestellt. Hierbei wurden ausgegeben: 8000 Programmen und Kunstblätter, 35 000 Briefchenprogramme, 5000 endgültige Programme und 5000 Werbeplakate. Für die nächste Zeit steht eine Reihe neuer Werbemaßnahmen bevor. In erster Reihe ist ein großes Reliefplakat von der Landesbauverwaltung in Wasserfarben-Kunstdruck geplant. Die bedeutendsten Nacharbeiten, wie Helberberg und Baden-Baden, werden darauf schon ernstlich sein, ebenso das Maffiv des nördlichen Schwarzwaldes. Wegen der beschränkten Geldmittel mußten verschiedene weitere geplante Vorhaben (Projekt über die Wäldersiedlung Karlsruhe, Kunstfestprojekt, topographische Volkstrie u. a.) zurückgestellt werden. In seinen letzten Ausführungen ging Verbanddirektor Seetzel vom Standpunkt der allgemeinen Bedeutung unserer Stadt auf die Entwicklung innerhalb der Karlsruher Industrie ein. Auf dem Gebiete der Kunst und des kulturellen Lebens in Karlsruhe ist im vergangenen Jahre durch die rührigen Betreibungen der hiesigen Kunstvereine (Landesoper, Kunstschule, Landesmuseum, Hochschule für Musik usw.) mancher erfreulicher Schritt getan worden. Kunstschaffende sind noch mehr durch den Kunstverein bei uns in Karlsruhe und zwar noch mehr der berechtigten Wünsche, doch ist es in letzter Zeit gelungen, auch hier mehr als früher einheimischen Darbietungen das Feld zu erobern.

Nach wie vor sind die Bemühungen des Verkehrsvereins auf eine Verbesserung der einheimischen Verhältnisse gerichtet. Er hat es an Anstrengungen dieser Art auch im vergangenen Jahre nicht fehlen lassen. Das gilt insbesondere von der Antikendebau öffentlicher Gebäude und Anlagen. Verbanddirektor Seetzel dankt der Stadt für die energische und zielbewusste Förderung des Wohnungsbaus. Der Verkehrsverein vertritt mit Interesse die Ausarbeitung des städtischen Projektes für die Klärung des alten Wäldersiedlungsgebietes (Großmarkthalle) und die Inangriffnahme der Projektarbeiten für die Sanierung der Altstadt. Er tritt bezüglich der Entlastung der Kaiserstraße für den geplanten Durchbruch der Amalienstraße ein.

Am Abend nach der Versammlung ist der Verkehrsverein bei jeder Gelegenheit für die Interessen der Landesbauverwaltung eingetreten. Zwar sind im neuen Sommerplan verschiedene Verbesserungen und Neuerungen zu verzeichnen, aber alte und neue Wünsche dürfen noch der Erfüllung. So sind neuerdings u. a. beantragt eine durchgehende Ein-

gangsverbindung nach Norddeutschland in Verbindung mit E 95/71 Karlsruhe-Hamburg, und die Einlegung eines Güterpaars nach München. Im nächsten Umkreis der Landesbauverwaltung ist der Verkehrsverein besonders an Verbesserungen auf der Schwarzwaldbahn (jährl. 1000 T. 154/155) sowie an der Einführung durchgehenden Verkehrs auf der Stuttgart- und der Kraichgaubahn interessiert. Dringende Bitte wird an die Reichs- und Landesregierung in Bezug auf die baldige Ausführung einer festen Rheinbrücke bei Maxau gerichtet. Die Verkehrsverwaltung der Rhein-Donau-Verkehrsverwaltung auf dem Rhein bei und von Karlsruhe hat sich auch im vergangenen Jahr dank der Mitarbeit des Verkehrsvereins und der Unterstützung des hiesigen Parlamentes sehr günstig entwickelt.

Für den großartigen Ausbau der Kraftposten im Rad- und Fernverkehr mit Karlsruhe spricht der Verkehrsverein der Oberpostdirektion Karlsruhe seine Anerkennung aus. Der Verkehr, die geplante internationale Automobilfernstraße KARLSRUHE von Karlsruhe über Pforzheim und Birmensdorf in die Schweiz abzugeben, ist durch eine vom Verkehrsverein eingeleitete großartige Aktion abgeschlossen worden. Im Flugverkehr war es leider nicht möglich, die vorgeschlagene und bestmögliche D. R. West-Verbindung 52 (Paris-Saarbrücken-Karlsruhe-Strasbourg-München-Wien) für Karlsruhe zu erhalten.

Das vergangene Jahr mit seinem geheligen Fremdenverkehr brachte auch wieder eine namhafte Zahl von Tagungen. An erster Stelle (insgesamt 52 von weitestgehender Bedeutung), Karlsruher (insgesamt 10 mit diesem Standort) und sonstige Verkehrsverbände (insgesamt 42) darunter allein 22 große (Vor-)veranstaltungen nach Karlsruhe. Im Mittelpunkt stand das große Ereignis des „Wahner Heimattag“ am Samstag, den 22. Mai. Die diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ werden nach wie vor den vorliegenden Programmen mit einer kulturellen „Wahner Woche“ und einer „Verkehrs-Woche“ im erfreulichen Ausmaß wieder abgehalten sein. Die weitere Kulturarbeit der Fremdenstadt auf Karlsruhe zu lenken. Zum Schluß seiner Ausführungen dankt der Verkehrsverein auch dem Vorstand des Verkehrsvereins für die hervorragende Arbeit des vergangenen Jahres. Die Referenten des Fremdenverkehrs 1930 kann mit umso größerer Genugtuung betrachtet werden, als Karlsruhe damit an die vierde Stelle der Fremdenstädte in Baden gerückt ist und zum ersten Male das Vorkriegsmaß seines Fremdenverkehrs überschritten hat. Trotz der schweren Zeit, so schloß der Referent seinen Bericht, muß von allen Seiten mitgeholfen werden, auch weiterhin mit bereitwilligem Optimismus die Aufgaben zu erfüllen, die der Verkehrsverein zum Ziele einer gelunden Weiterentwicklung unserer Stadt sich zur Pflicht gemacht hat. In diesem Sinne dankte der Verkehrsverein auch allen unmittelbaren Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern, Ausschüssen und dem Gesamtvorstand des Verkehrsvereins, dessen gesamtamt Personal, ferner der Stadt Karlsruhe, den Behörden und der Presse, für ihre wertvolle Mitarbeit und Unterstützung.

Im weiteren Verlauf der 27. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins am Freitag erkrankte Generaldirektor Wolf den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes ab. Der Vorsitzende dankte ihm für einen Bericht, der in der Hauptsache die einzelnen Mitglieder, die jedes in seinem Wirkungs- und Bekanntheitsbereich durch persönliche Werbung alles versuchen sollten, um neue Kräfte für das Fundament der Verkehrsvereinsarbeit zu gewinnen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung gelangte die Jahresrechnung 1930/31 zur Verhandlung. Nach dem Bericht des Kassiers M. und S. hatte die Kasse des Verkehrsvereins einen Gesamtsaldo von etwa 750 000 Mark, wovon ein erheblicher Teil auf durchlaufende Posten für Vorarbeiten, Bezahlung von Reisen und Posten und dergl. entfällt. Der „Wahner Heimattag“ schloß glänzend ab. Dem Kassier sowie dem Gesamtvorstand wurde von der Versammlung in allen Teilen Entlohnung ausbezahlt.

Der 1. Vorsitzende, Verbanddirektor Seetzel, stellte dann den Beschlüssen für das neue Rechnungsjahr 1931/32 zur Debatte. Der der Versammlung im Ausmaß vorgeschlagene Voranschlag, der mit rund 40 000 Mark Ausgaben als reine Arbeitsausgaben abschließt, fand einstimmige Annahme.

In der Ausschüsse ergriff das Wort Vorstandsvorsitzender Lorenz zu ausführlichen Darlegungen über die Konzeptionsverhältnisse im Stadtbauwesen. Der Referent übte Kritik an dem bestehenden Zustande.

Da weitere Diskussionsfragen nicht mehr gemeldet waren, schloß Direktor Seetzel nach zweifelhafte Verhandlung die ordentliche Hauptversammlung.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag zeigen wiederum schwere Gewitter über Baden, die weiteren Temperaturrückgang brachten. Nach dem vor der Tagung erfolgten ersten Einbruch maritimem Luft haben die tagsüber vorübergehenden Gewitterfronten die ursprünglich außerordentlich hohe Temperatur allmählich soweit herabgedrückt, daß jetzt ausgesprochen kühles Weltwetter herrscht. Schon gestern hatten wir größtenteils regnerisches Wetter. Wetterausblick für Dienstag, 2. Juni: Veränderlich und kühl bei frischen westlichen Winden, frühweisse Gewitterregen.

Wasserstand des Rheins

Hofel 210, Waldsüd 397, Schußertinsel 278, Reßl 410, Maxau 611, Mannheim 543 Seentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Referenten-Aufzug

Heute Montagabend 8 Uhr im Sanatoriumslokal der Hebeschule Fortsetzung des Referenten-Aufzuges. Jeder beliebige Teilnehmer willkommen!

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer

Am Mittwoch, 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, Monatszusammenkunft im Volkshaus.

Franzengruppe Oststadt

Die Genossinnen und Teilnehmerinnen an den Lesenden treffen sich heute Montagabend 8 Uhr im „Bernhardshof“.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.
Freie Turnerschaft. Heute abend 9 Uhr Mitteilerversammlung in der Gambriusgasse. 4723
Tag der Arbeit. Dienstag, 2. Juni, abends 7.30 Uhr, Sitzung des Arbeitersauschusses im Volkshaus. Vollständiges Erscheinen erforderlich. 4696
Sprechchor zum Tag der Arbeit. Solistendebüt: Dienstag, 2. Juni, abends 8 Uhr, Volkshauskonzert. Chor und Solisten Donnerstag, 4. Juni, und Sonntag 7. Juni, jeweils morgens von 7 bis 9 Uhr auf dem Freien-Turner-Platz. 4719

Alle 2 Monate wird die große Volkswohl-Lotterie mit 430 000 M. Gewinnen gezogen, Lospreis nur 1.- M., Höchstgewinn 150 000 M. Die nächste Ziehung findet vom 17. bis 23. Juni statt. Sieht einige Zeit vor der Ziehung sind die Lose ausverkauft. Wir empfehlen die Lose auf das heutige Anrecht der Firma Stürmer, Mannheim, O 7, 11 (früher Straßburg i. G.).

Kraftfahr-Vorschriften für Karlsruhe

Erden erschienen: Die Straßenpolizeiordnung vom 2. Januar 1930 mit Ergänzungen unter Berücksichtigung der Kraftfahrgeordnungsverordnung der Badischen Straßenverkehrsordnung und der bad. Rechtsprechung von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt in Karlsruhe. Verlag G. Braun, Karlsruhe-Friedrich-Str. 14. Preis 2.40 RM.

Inhaltsverzeichnis: 1. Literaturverzeichnis und Abkürzungen — 2. Einleitung — 3. Geltungsbereich der Straßenpolizeiordnung — 4. Sorgfaltspflicht, Vorsichtspflicht — 5. Befugnisse der Polizeibeamten — 6. Fußgängerverkehr — 7. Rechtsfahr — 8. Einbahnstraßen — 9. Fahrbahn — 10. Lieberhöfen — 11. Wenden — 12. An- und Abfahrt — 13. Fahrbahn und öffentlichen Gebäuden — 13. Parken und Parkplätze — 14. Geschwindigkeitsbegrenzung — 15. Befugnisse von Kleinwagen — 16. Vorfahrtsrecht — 17. Besondere Einzelvorschriften für den Fußgängerverkehr — 18. Kraftfahrverkehr — 19. Ein- und Ausfahrt aus Grundstücken — 20. Straßenverkehrs- und Verkehrsüberwachung — 21. Straßenvorschriften — 22. Anhang — a) Kraftfahrgeordnungsverordnung (Auszug) — b) Fahrerlaubnis — Verantwortlichkeit für Verkehrssicherheit des Fahrzeuges und Ladung — Vermeidung von Geräusch, Rauch usw. — c) Befugnisse — d) Warnungsschildern — e) Haltepflicht bei Gefahr — f) Einlegen — g) Ausweichen — h) Fahrtrichtungszeichen — i) Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Auszug) — j) Strafbestimmungen.

Das Buch ist für die Praxis bestimmt. Der Verfasser behandelt in eingehender und wissenschaftlicher Weise, ausgehend von der Karlsruher Straßenpolizeiordnung, alle wichtigen Fragen des Kraftverkehrsrechts, wie das Vorfahrtsrecht, Hauptverkehrsregeln, Sorgfaltspflicht, Lieberhöfen, Wenden, Wenden der Fußgänger usw. Im Interesse der Lieberhöfenpflicht sind die dazu gehörigen Bestimmungen der Kraftfahrgeordnungsverordnung und der badischen Straßenverkehrsordnung dazu noch angeführt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Verfasser weitgehend die für Baden besonders wichtige Rechtsprechung des badischen Oberlandesgerichts berücksichtigt. Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall deutlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen und Kraftfahrer, der sich somit für das wichtige Gebiet des Kraftverkehrsrechts in Baden anschauen will, dürfte daher dieses Buch unentbehrlich sein.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Grünwettersbach (Sitzung vom 27. Mai)
1. Am Montag, 1. Juni, findet Schweineabschlachtung statt. Als Käufer wurden bestimmt Gemeinderäte Berger, Höger und Kraas.
2. Die doppelte Bier- und Bürgersteuer wird abgelehnt.
3. Die Allmendbarungsversicherung wird genehmigt.
4. Bürgerauschussführung findet am Mittwoch, 3. Juni, abends 8.30 Uhr, statt.

Veranstaltungen

Montag 1. Juni:
Badisches Landestheater: Julius Caesar. 8.30 Uhr.
Konzertabend: Meine Frau das Fräulein.
Badische Lichtspiele: 2000 Meilen unter dem Meer. 8.30 Uhr.
Gloria-Theater: Hochzeitsfest. Der schwarze Peter.
Kammer-Theater: Wien, du Stadt der Lieder.
Hof-Theater: Er und seine Schwester.
Union-Theater: Ich betraute meinen Mann.
Schauburg: Drei Tage Mittelalter.
Zum Reiterer: Köstliche Konzerte. 5-7 und 8-12 Uhr.
Theaterdirektor: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volpert, Freytag, Baden, Volkshaus, aus aller Welt, letzte Nachrichten: G. Schöpflin, Baden, Baden, Gemeindepolitische Nachrichten, Partei, kleine badische Chronik, aus Mittelbaden, Durlach, Gersheim, Neudorf, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Ankünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Angehörigen: Max Radtger, sämtliche monatlich in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds G.m.b.H., Karlsruhe.

Leichte Sommerkleidung

zu außerordentlich billigen Preisen

- Voile-Kleider 24.90 19.50 16.50 8.75
- Bedruckte kunsts. Kleider 12.50 9.50 7.50 3.50
- Mod. Sportkleider 9.50 6.75 4.50 2.90
- Die beliebten Sport-Blusen 10.75 7.50 4.50 2.90
- Mädchen-Wasch-Kleider 7.80 5.50 3.75 1.50
- Spielanzüge, Russenkitel, Hängerkleider 1.75 1.25 -95 -65
- Knaben-Wasch-Anzüge (Kleiderform) 9.75 7.50 5.75 3.75
- Herr. Lüster- u. Tussorjoppen 18.50 14.50 9.50 7.50
- Herr. Flanel-Hosen 12.50 9.50
- Herr. Sport-Hemden mit Krawatte, in blau und beige 6.25 4.90

Trachtenhosen, Trachtenjoppen, Waschjoppen, Sporthosen und -Blusen, Aermellose Pullover in größter Auswahl

- Bade-Anzüge reine Wolle 8.75 7.50 5.75 3.75
- Bade-Mäntel moderne Muster 19.50 16.50 8.50
- Bade-Tücher ca. 100x150 12.50 7.50 5.50 3.75
- Wasch-Kunstseide bedruckt 1.50 1.25 0.95 -58
- Bedruckt Voll-Voile Meter 2.75 2.35 1.50
- Seiden-Leinen Die Mode-Neuheit für das sportliche Kleid in Pastellfarben 2.99 1.99 1.60
- Bemberg-Georgette ca. 100 cm breit, in prachtvollen Blumenmust. 5.75 4.90 3.75
- Doupin der Modestoff der Saison 9.25 2.75 1.90

Carl Schöpf

